



bülow redet tacheles!

Mai 2009

Schuldenbremse stoppen!

Die Föderalismuskommission hat den Vorschlag vorgelegt, eine Schuldengrenze im Grundgesetz zu verankern. Geplant ist eine deutlich schärfere Schuldenbegrenzung als die vom Bundestag beschlossenen 0,75% des BIP (für Bund, Länder und Kommunen). In den wirtschaftlich schwachen Jahren 2002-2005 betrug die Defizitquote beispielsweise jedes Jahr mehr als 3% am BIP.

Schuldenbremse ist kontraproduktiv

Gerade in Zeiten von nahenden Wachstumsabschwächungen braucht der Staat die Fähigkeit zur Stabilisierung der Wirtschaft. Es ist unstrittig, dass eine Konsolidierung der Haushalte weiter vorangetrieben werden muss, sie darf aber Zukunftsinvestitionen und Konjunkturpolitik nicht verhindern. Eine festgeschriebene, staatlich verordnete Schuldenbremse darf es nicht geben. Durch sie wird die öffentliche Handlungsfähigkeit heute und für künftige Generationen eingeschränkt. Keiner kann heute genau sagen, wie sich die Wirtschaft entwickelt und welche Notsituationen in den nächsten Jahren noch entstehen können. Zudem wären bei einem Entschluss für die Schuldenbremse zusätzliche Einschnitte im Bundeshaushalt, zum Beispiel beim Sozialetat, zu befürchten.

Eingriffsmöglichkeiten des Staates sehr wichtig

Das Bankenversagen hat deutlich gemacht, wie wichtig eine Eingriffsmöglichkeit des Staates ist, ohne den die Krise zu einer Katastrophe geworden wäre. Es war ja nicht der Staat, der sich in die Geschäfte der Wirtschaft und Banken einmischen wollte, es waren die Banken und Teile der Wirtschaft, die nach staatlichen Hilfen gerufen haben.

Schuldenmachen ist kein Selbstzweck. Aber der Staat muss öffentliche Güter auch über den jeweiligen Haushaltsplan oder den Konjunkturzyklus hinaus im Blick behalten. Eine sinnvolle Finanz- und Investitionspolitik, z. B. auch mit öffentlicher Kreditaufnahme, kann die Basis für die Überwindung aktueller und künftiger Krisen legen. Eine solche „atmende Haushaltspolitik“ wäre ein sozialdemokratischer Zukunftsweg. Zudem brauchen wir eine offensive Vermögens- und Kapitalbesteuerung.

Für Kommunen fatale Auswirkungen

Auf Ebene der Länder und Kommunen hätte eine Schuldenbremse ebenfalls fatale Auswirkungen. Die Handlungsspielräume sind auf der Ausgabenseite schon jetzt gering. Die Kommunen als Träger von 60% aller öffentlichen Investitionen können aufgrund von haushaltsrechtlichen Vorschriften mittlerweile kaum mehr kreditfinanzierte Investitionen tätigen. Die Kommunen brauchen aus meiner Sicht nicht noch mehr Beschränkungen.

Richtig investieren

Natürlich ist es für die nachfolgenden Generationen wichtig, wie hoch die Verschuldung eines Staates ist. Die Verschuldung muss immer abgewogen werden mit der gesamten Wirtschaftsleistung und vor allem den Investitionen. Investiert die öffentliche Hand massiv in Bildung, Klimaschutz und in Infrastrukturen, hat dies zum Beispiel eine große, positive Auswirkung gerade für die nachfolgenden Generationen.



bülow redet tacheles!

Mai 2009

Schuldenbremse stoppen!

Mehr investieren in Klimaschutz und neue Technologien

Rund 15 Prozent der milliardenschweren Konjunkturpakete sind für ökologische Ausgaben vorgesehen. Der letzte G-20-Gipfel hat dazu aufgerufen, die Pakete noch stärker am Ziel des Klimaschutzes auszurichten. Allerdings sind die Ausgaben, die die Konjunktur kurzfristig stützen sollen, nur zum Teil dazu geeignet, längerfristige Klimaziele zu verfolgen. Deshalb unterstütze ich die Forderungen des einflussreichen Umweltökonoms Nicholas Stern. Dieser will den ökologischen Anteil an den Konjunkturausgaben erhöhen, auf 20 Prozent – fünf Prozentpunkte mehr als heute.

Möglichkeiten der Schuldentilgung

Die Krisenpakete haben enorme Höhen erreicht. Allein 2009 sind es etwa 115 Milliarden Euro (0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) in der EU und 220 Milliarden Euro (2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) in den USA. Einen Teil dieser Schulden könnte man für den Klimaschutz nutzbar machen: Alle Länder müssten sich verpflichten, ihre „Klimaschulden“ durch zusätzliche ökologische Steuern oder Einnahmen aus CO₂-Emissions-Auktionen abzutragen. Energiesteuern und Auktionserlöse würden sprudeln, sobald - und erst dann - sich die Wirtschaft erholt. Das würde dann ein Abtragen der Schulden ermöglichen.

Man könnte des Weiteren darüber nachdenken, die ökologische Steuererhöhung nach der Abzahlung der „Klimaschulden“ zu behalten. Man könnte diese dazu nutzen, die Steuer und-Abgabenlast auf den Faktor Arbeit zu senken. Eine Kombination mit den durch B.A.U.M. (Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management) und der IG-Metall vorgeschlagenen Zukunftsanleihen wären denkbar.

„Win-Win“-Strategie

Das Zusammenwirken von ökologischen Ausgaben im Konjunkturpaket und ökologischen Steuereinnahmen in der Zukunft wäre wünschenswert, auch im internationalen Rahmen. Mit der CO₂-Steuer könnte man die Klimaschäden, verursacht durch CO₂-Emissionen, bekämpfen. Zudem könnte eine starke Subventionierung bei der Entwicklung umweltfreundlicher Technologien Anschubhilfe leisten. Die zusätzlichen CO₂-Steuereinnahmen würden dabei nicht nur die ökologische, sondern auch die fiskalische Nachhaltigkeit unterstützen.

Noch vor wenigen Jahren hätte eine internationale Koordinierung in solcher Form keinerlei Chance gehabt. Nun aber könnte ausgerechnet die Bedrohung der fiskalischen Nachhaltigkeit durch die Weltwirtschaftskrise dazu führen, dass die aufkommende Neuverschuldung durch nachhaltige Investitionen und einem intelligenten Schuldenabbau wieder abgetragen wird. Alte Rezepte aus der Mottenkiste werden den Staat handlungsunfähig machen und den neoliberalen Irrweg verstärken. Wir brauchen neue Innovationen, Ideen und Konzepte.